

Inhaltsverzeichnis

2-5 DSW-Mitteilungen

- 2 *Experten-Tipp*: Neue Vergütungsstruktur für die Fondsgeschäftsführung
- 2 AEG Power Solutions: Gläubiger müssen aktiv werden
- 3 EuGH-Urteil: VW-Gesetz hat endgültig Bestand
- 3 Deikon: Gläubiger aufgepasst
- 3 Solarworld: Asbeck macht Kasse
- 4 DSW-Aufsichtsratsstudie: Deutschlands wichtigste Kontrolleure
- 5 HAC-Marktkommentar: Der Crash kommt

6 Veranstaltungen November/Dezember 2013

6 Impressum

7 Aktivitäten der Landesverbände

- 7 Anlegerfrage an DSW-Landesgeschäftsführer Malte Diesselhorst: Lohnt sich ein ETF-Sparplan?

8 Konjunkturmonitor

Mehr Licht als Schatten

9 Börsenmonitor

Billiges Geld beflügelt Aktienmärkte

10 Mitgliedsantrag

Gefahr aus Fernost



Liebe Leserin, lieber Leser,

die Krise der Solarbranche hat in diesem Jahr die Zeitungen quer durch die Republik gefüllt. Kein Wunder, schließlich sind selbst die ehemals Großen der Branche so stark unter Druck geraten, dass sie schließlich Insolvenz anmelden mussten oder nur knapp an der Zahlungsunfähigkeit vorbeigeschrammt sind.

In vielen Fällen ist sicher Missmanagement einer der Hauptgründe für das jeweilige Scheitern gewesen. Allerdings lag den deutschen Branchenpionieren auch die asiatische Billigkonkurrenz schwer im Magen – und erwies sich am Ende sogar als unverdaulich. Ein Einzelschicksal einer Branche? Mitnichten. Das, was die Solarbranche in den vergangenen Jahren erlebt hat, könnte bald dem Maschinenbau passieren. Die nächsten Jahre werden für die deutschen Maschinenbauer deutlich turbulenter. Denn die große Konkurrenz aus Fernost – allen voran aus China – wird nun auch in dieser Branche wesentlich entschlossener als bisher versuchen, eigene Produkte zu geringeren Preisen in den Markt zu drücken. Diese Offensive dürfte vor allem Hersteller vergleichsweise wenig komplexer Produkte treffen.

Und hier liegt auch der Schlüssel für eine Lösung, die anders aussieht als die der Solarbranche: Die deutschen Maschinenbauunternehmen müssen in Zukunft deutlich stärker in Forschung und Entwicklung investieren. Nur der technologische Fortschritt und das Angebot hochwertiger Produkte können auf Dauer verhindern, dass Billigkonkurrenten zur Gefahr werden. Hier darf sich auch die Bundesregierung nicht ihrer Pflicht entziehen. Damit heimische Maschinenbauer auf lange Sicht Arbeitsplätze sichern und Spitzenprodukte herstellen können, muss Berlin der Branche unter die Arme greifen und entlasten, anstatt die Steuern zu erhöhen. Aber die Zeit drängt: Zuletzt hatte die Regierung in Peking in einem Fünf-Jahres-Plan festgehalten, dass China Weltmarktführer in der Photovoltaik werden solle - mit einschneidenden Folgen für viele deutsche Anbieter. Im aktuellen Fünf-Jahres-Plan steht dies ausdrücklich so auch für den Maschinenbau.

Ihr Marc Tüngler

AEG Power Solutions: Gläubiger müssen aktiv werden

Der Investorenkreis war mehr als illuster. Gemeinsam mit Ex-Banker Florian Lahnstein hatten Unternehmensberater Roland Berger und Ex-Arcandor-Chef Thomas Middelhoff das Investment-Vehikel Germany1 (später 3W Power) gegründet und über deren Börsengang rund 250 Millionen Euro eingesammelt. Mit dem Geld wurde 2008 die Übernahme der AEG Power Solutions finanziert.

Den Wert des Herstellers von Komponenten für die Energieindustrie taxierten die Top-Manager damals auf rund 530 Millionen Euro. Mittlerweile bewertet die Börse das Unternehmen mit knapp 15 Millionen Euro. Doch nicht nur Aktionäre haben massiv Geld verloren. Auch für die Anleihegläubiger einer 2010 begebenen 100-Millionen-Euro schweren Unternehmensanleihe (ISIN: DE000A1A29T7) wird es eng.

Am 25. November soll eine Gläubigerversammlung stattfinden, nachdem die Gesellschaft im Oktober 2013 bekannt gab, „zur Schaffung einer soliden Grundlage für die künftige Entwicklung, Gespräche mit den Inhabern der Unternehmensanleihe aufzunehmen“. „Wir raten betroffenen Anleihegläubigern dringend, an der Versammlung teilzunehmen, oder sich dort vertreten zu lassen“, sagt Marc Tüngler, Hauptgeschäftsführer der DSW, die Anlegern eine unkomplizierte und kostenlose Vertretung auf der Versammlung bietet. Betroffene Anleihegläubiger können



sich unter der Telefonnummer 0211 / 6697-38 registrieren lassen und erhalten dann alle erforderlichen Informationen. Für die Anleger wichtiger Tagesordnungspunkt der Versammlung wird die Wahl eines sogenannten Gemeinsamen Vertreters sein, dessen Aufgabe die Vertretung der Interessen der Anleihegläubiger ist. „Der große Vorteil eines Gemeinsamen Vertreters ist die Bündelung der Gläubiger-Interessen. Nur so ist gewährleistet, dass sie auf Augenhöhe mit dem Unternehmen verhandeln“, sagt Tüngler.

Vorgeschlagen für die Position wird mit Klaus Nieding, Vorstand der Rechtsanwaltsaktiengesellschaft Nieding+Barth sowie Vizepräsident der DSW, ein erfahrener Kapitalanlagerechter, der bereits in etlichen anderen Verfahren als Gemeinsamer Vertreter aktiv war und ist. So etwa bei der Solar Millennium AG oder bei der Windreich GmbH.

Experten-Tipp von Jella Benner-Heinacher

Rechtsanwältin und stellvertretende DSW-Hauptgeschäftsführerin

Neue Vergütungsstruktur für die Fondsgeschäftsführung

Frage: Sie berichten immer wieder von gesetzlichen Neuerungen in der Finanzbranche – und zwar in Deutschland und auch in Europa. Mich interessiert vor allem das Thema der Bezahlung von Fondsmanagern. Es soll ein neues Gesetz geben, das die Entlohnung von Fondsverwaltern regelt. Könnten Sie mir mehr Informationen hierüber geben? Für wen gilt das Gesetz? Ab wann gilt es? Und welche Auswirkungen auf die Fonds sehen Sie in der Praxis?

Antwort: Ihre Frage zielt auf das neue Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB), das seit Juli 2013 in Kraft ist und nun endlich die bisher weitgehend unregulierte Branche der alternativen Investmentfonds sowie der geschlossenen Fonds gesetzlich regelt. Das KAGB basiert auf der EU-Richtlinie Alternative Investment Fund Manager Directive (AIFM) und greift neben vielen weiteren Punkten

die Vergütung der Fondsgeschäftsführung auf. Es werden konkrete Vorgaben für die Vergütungsstrukturen gemacht. So müssen die variablen Vergütungsteile nachhaltiger gestaltet werden und deshalb auf eine mehrjährige Basis abstellen. Zudem sollen sogenannte „Malus-Regelungen“ eingeführt werden. Das bedeutet, dass die Höhe der Boni in Abhängigkeit von der Performance auch nach unten berichtigt werden können. Schließlich werden garantierte Boni grundsätzlich ausgeschlossen. Ziel dieser Neuregelung ist es, die Erfolgsbeteiligung vom Fondsmanagement so zu gestalten, dass die Interessen der Fondsverwalter mit denen der Anleger parallel laufen. Bis spätestens Juli 2014 müssen die Vergütungssysteme bei den Fondsgesellschaften angepasst werden. Bei Neuverträgen wird dies weitgehend unproblematisch sein. Schwieriger wird die Anpassung bei den Altverträgen, da Änderungen der individuellen Arbeitsverträge erforderlich werden. Es bleibt abzuwarten, ob und inwieweit der Fondsinvestor zukünftig von der neuen Vergütungsstruktur der Fondsverwalter profitiert.



EuGH-Urteil: VW-Gesetz hat endgültig Bestand

Es ist gut 50 Jahre alt und ein sogenanntes „Einzelfallgesetz“. Dennoch gibt es nur wenige andere Regelwerke, die über Jahre so stark im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses standen, wie das VW-Gesetz, das dem Land Niedersachsen einige wichtige Sonderrechte bei Europas größtem Autobauer, der Volkswagen AG, einräumt.

Jahrelang stritten Bundesregierung und Europäische Kommission um dieses Gesetz, die EU-Kommission wollte das Gesetz in Gänze kippen. Jetzt haben die obersten europäischen Richter entschieden: Der EuGH wies die Klage gegen das Gesetz ab. Das Land Niedersachsen darf weiter einen besonderen Einfluss auf den Konzern und dessen Entwicklung haben.

Bereits 2007 hatten sich die Europarichter mit dem Fall befasst und befunden, dass das VW-Gesetz in drei wesentlichen Punkten gegen die rechtlich vorgeschriebene Freiheit des Kapitalverkehrs verstößt. Daraufhin änderte die Bundesregierung das Gesetz in zwei Punkten ab. Allerdings wurde das Vetorecht des Landes Niedersachsen beibehalten. Niedersachsen hält 20 Prozent der VW-Stammaktien, daneben kontrollieren die Porsche Auto Holding SE und Porsche Salzburg rund 53 Prozent der Anteile, die Katar Holding 17 Prozent. Das Bundesland besitzt durch das Gesetz ein Vetorecht bei wichtigen Unternehmensentscheidungen, selbst wenn es nicht die üblicherweise gültigen 25 Prozent der Anteile hält. Die EU-Kommission klagte erneut. Aber dieses Mal lehnten die Richter die Klage ab.

Die DSW sieht die Entscheidung zunächst positiv, denn: Dem deutschen Steuerzahler bleiben jetzt viele Millionen an Strafzahlungen erspart. Immerhin standen als EU-Sanktionen ein Bußgeld von 70 Millionen Euro und zusätzlich ein tägliches Zwangsgeld von 280.000 Euro bis zu dem Tag im Raum, an dem das Gesetz gekippt wird. Diese finanzielle Keule ist mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes nun vom Tisch.

Grundsätzlich bleibt die DSW bei ihrer Marschroute „one share one vote“. Warum dies im Fall VW nicht gelten kann, ist im Sinne der guten Aktienkultur eigentlich nicht vermittelbar. Dennoch: Mindestens genauso wichtig ist, dass der VW-Konzern, der über Jahre - ohne aktiv eingreifen oder agieren zu können - im Mittelpunkt eines aufwändigen Rechtsstreits stand, nun endlich Planungssicherheit hat und in den Normalmodus umschalten kann. Denn die EU-Kommission hat angekündigt, das Verfahren nicht noch einmal aufzugreifen und es auf sich beruhen zu lassen. In den vergangenen Jahren sind

viele Grundsatzentscheidungen beim VW-Konzern mit breiter Zustimmung von Belegschaftsseite und Politik getroffen worden. An dieser Praxis dürfte sich nun wenig ändern. Das Erfolgsmodell Volkswagen kann ohne erneutes Sperrfeuer aus Brüssel seinen guten Weg an die Spitze der globalen Automobilindustrie in Ruhe weitergehen.

Deikon: Gläubiger aufgepasst

Deikon-Gläubiger, die ihre Forderungen beim Insolvenzverwalter angemeldet haben, erhalten in diesen Tagen ein Schreiben des Insolvenzverwalters, in dem dieser das Verfahren für die Anerkennung der Forderungen erläutert. Hiernach ist die Erklärung des Insolvenzverwalters vor dem Insolvenzgericht für den 29. Januar 2014 geplant.

Anlegern, die ihre Forderungen feststellen lassen möchten, setzt der Insolvenzverwalter eine **Frist bis zum 15. November 2013**, um den Anspruch anzuerkennen. Dafür müssen Deikon-Gläubiger ihren Depotauszug der depotführenden Bank mit Sperrvermerk (bis einschließlich 29. Januar 2014) innerhalb der vom Insolvenzverwalter gesetzten Frist an diesen übersenden. Der Insolvenzverwalter wird danach die Berechtigung des Anspruchs feststellen und den Anspruch „für den Ausfall“ anerkennen. Sofern eine Quotenzahlung ansteht, wird der Insolvenzverwalter die Gläubiger gesondert auffordern, ihm die Höhe des Ausfalls nachzuweisen.

Solarworld: Asbeck macht Kasse

Wochenlang hat Frank Asbeck, Gründer und Großaktionär des strauchelnden Solaranbieters Solarworld versucht, Aktionäre und Anleihegläubiger davon zu überzeugen, einer schmerzhaften Sanierung des notleidenden Unternehmens zuzustimmen. Aktionäre sollten dafür auf rund 95 Prozent ihres Kapitals verzichten, Anleihegläubiger auf etwa 55 Prozent.

Dafür stellte Asbeck in Aussicht, den ehemaligen Star der Erneuerbaren Energiebranche wieder zu altem Glanz zu verhelfen. Am Ende stimmten die Anleger tatsächlich zu. Doch nun ist es ausgerechnet Asbeck selbst, der Kasse macht und im Oktober Aktien im Gesamtwert von 1,5 Millionen Euro verkauft hat. Sein Anteil am Unternehmen ist dadurch um 1,5 auf jetzt 26,4 Prozent gesunken. Für Aktionärsschützer Roland Klose, HV-Sprecher der DSW bei Solarworld, schlechtes Timing: „Es ist immer ein schlechtes Signal, wenn der Ankeraktionär Aktien verkauft.“ Zumal der Zeitpunkt äußerst ungünstig gewählt ist. Die Krise des Unternehmens ist noch längst nicht beendet.

DSW-Aufsichtsratsstudie: Deutschlands wichtigste Kontrolleure

Sie beaufsichtigen die Vorstände der großen deutschen Multimilliardenkonzerne. Sie entscheiden darüber, welche Manager eingestellt werden und was diese verdienen: In deutschen AGs sind die Aufsichtsräte eine der zentralen Schaltstellen. Doch wer sind eigentlich Deutschlands Top-Kontrolleure? Die DSW hat es in ihrer jüngsten Aufsichtsratsstudie untersucht.

Ein Ergebnis ist überdeutlich: „Die Zusammensetzung der Aufsichtsräte der DAX30-Unternehmen hat sich im Jahr 2013 stark verändert. Mehr als 70 der insgesamt 250 Mandate standen zur Wahl. Dies hat auch zu Veränderungen in unserem Ranking geführt“, erläutert Jella Benner-Heinacher, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin der DSW. Grundlage der Untersuchung waren die Geschäftsberichte, die Websites und die Unterlagen zu den Hauptversammlungen 2013 aller im DAX, MDAX, SDAX und TecDAX notierten Aktiengesellschaften. Analysiert wurden in erster Linie die Anteilseignerseiten der Aufsichtsräte, da nur diese von den Aktionären gewählt werden können.

Die Top-Position als Deutschlands wichtigster Aufsichtsrat wird in diesem Jahr doppelt besetzt. Den Spitzenplatz teilen sich Ulrich Lehner, der im vergangenen Jahr Rang 5 innehatte, und Werner Wenning, der 2012 noch auf Rang 15 rangierte. Lehner sitzt den Aufsichtsräten von Deutscher Telekom und ThyssenKrupp vor und ist darüber hinaus Mitglied im Aufsichtsrat der E.ON SE. Den Vorsitz des Kon-

trollgremiums dieses Energiekonzerns besetzt wiederum Werner Wenning, der zudem Chef des Aufsichtsrats der Bayer AG ist und seit dem 1. Oktober die Position des stellvertretenden Vorsitzenden des Siemens-Aufsichtsrates bekleidet.

Manfred Schneider, der viele Jahre das Ranking anführte und als Prototyp des Berufsaufsichtsrats in Deutschland galt, zieht sich nun schrittweise aus seinen Mandaten zurück. Nach der Abgabe des Aufsichtsratsvorsitzes bei der Bayer AG fällt er mit seinen verbleibenden Mandaten bei RWE und Linde im diesjährigen Ranking auf Platz 5 zurück. Gerhard Cromme, im vergangenen Jahr noch auf Platz 3, wird nach dem Rückzug aus dem ThyssenKrupp-Aufsichtsrat nur noch auf Platz 19 geführt.

Die TOP 11 Aufsichtsräte halten insgesamt 30 Mandate bei 19 der 30 DAX-Unternehmen. Eine Frau findet sich unter diesen TOP-Kontrolleuren weiterhin nicht; mit Renate Köcher taucht der erste weibliche Aufsichtsrat auf Rang 16 auf.

Da 2014 erneut rund 60 Aufsichtsratsmandate auf der Anteilseignerseite neu gewählt werden, sind auch für das kommende Jahr Veränderungen in der Zusammensetzung der Aufsichtsräte und damit des DSW-Rankings der einflussreichsten Kontrolleure zu erwarten.

Neben der Frage nach dem Einfluss der Aufsichtsräte wurde im Rahmen der Studie natürlich auch wieder die Vergütung analysiert. Die 30 DAX-Gesellschaften überwiesen für das Geschäftsjahr 2012 insgesamt 74,8 Millionen Euro an ihre Kontrolleure. Die Gesamtvergütung ist damit erneut deutlich angestiegen (+7,4 Prozent). Sie übertrifft nunmehr klar das Mehrjahreshoch aus dem Jahr 2007. Seit 2009 geht es mit der Vergütung der Kontrolleure kontinuierlich bergauf.

Die höchste Vergütung zahlte die Volkswagen AG. Rund 8,8 Millionen Euro erhielten die 20 Aufsichtsräte, das entspricht einem Plus von 19 Prozent. Im Vergleich zu 2006, das Jahr in dem die DSW erstmals die Vergütung der Aufsichtsräte untersuchte, konnten sich die VW-Kontrolleure über ein Gehaltsplus von 210 Prozent freuen. Im Durchschnitt aller 30 DAX-Werte lag das Plus bei 23 Prozent. Höchstbezahlter Aufsichtsrat bleibt mit 1,1 Millionen Euro VW-Chefkontrolleur Ferdinand Piëch, der damit mehr als das Dreifache eines durchschnittlichen Aufsichtsratsvorsitzenden im DAX verdient (318.000 Euro). Die Plätze zwei und drei des Gehaltsrankings sind mit Ferdinand Porsche (687.433 Euro) und Berthold Huber (683.133 Euro) ebenfalls fest in der Hand des Wolfsburger Autokonzerns.



Auch in der 2013er Studie der DSW fällt der Blick auf die Diversity – zumindest was den Frauenanteil angeht – in deutschen Aufsichtsräten eher ernüchternd aus: Seit 2009 steht die Forderung nach mehr Vielfalt im Corporate-Governance-Kodex. Seitens der EU ist der Druck ebenfalls erhöht worden.

Bisher hat sich in Deutschland trotzdem nicht allzu viel verändert. So werden von den 250 Anteilseignermandaten bei den DAX30 Gesellschaften 2013 insgesamt 45 Mandate von Frauen gehalten. Damit ist der Anteil um 3,5 Prozentpunkte auf 18 Prozent gestiegen. Ein Blick auf die Arbeitnehmerseite macht deutlich, dass hier mehr für eine angemessene Beteiligung von Frauen getan wurde: Im DAX30 sitzen auf den Arbeitnehmerbänken der Kontrollgremien immerhin 62 Frauen. Bei einer Gesamtzahl von 238 entspricht das 26,1 Prozent.

Doch es ist nicht nur die Mitgliedschaft in den Aufsichtsgremien selbst, die von Bedeutung ist. „Entscheidender ist, wer den Gremien vorsitzt respektive in den wichtigen Ausschüssen vertreten ist und damit an den Schaltstellen der Macht sitzt“, sagt Benner-Heinacher. Bei der Besetzung solcher Schlüsselpositionen in den Aufsichtsräten spielen Frauen aber nach wie vor eine untergeordnete Rolle. So wurden 87,5 Prozent der Ausschusspositionen von Männern besetzt, lediglich 12,5 Prozent von Frauen.

Der Vorsitz im Aufsichtsrat ist im DAX30 ebenfalls nahezu komplett männerdominiert. Lediglich das Kontrollgremium der Henkel KGaA wählte Familienvertreterin Simone Bagel-Trah zur Vorsitzenden.

HAC-Marktkommentar: Der Crash kommt

Liebe DSW-Mitglieder,

wir wissen es eigentlich alle: Die Ursachen der Finanzkrise, Staatsverschuldung und unregulierte Bankensysteme, haben sich teilweise seit 2009 sogar noch deutlich verschlechtert. Die vermeintliche Ruhe, die wir derzeit genießen, wurde mit einer drastischen Steigerung der Verschuldung erkaufte. Noch immer hoffen die Staaten, damit Inflation produzieren zu können, die letztendlich die Verschuldung entwerten soll. Zu unbegrenzter Zuversicht und Sorglosigkeit besteht also für den Anleger keinerlei Anlass.

Was macht man also bei steigenden Börsen und einem DAX-Stand von 9.000 Punkten? Keine Aktien kaufen wie viele

Deutsche derzeit, weil man ja nach 1999 und 2007 nicht noch ein drittes Mal den Fehler machen möchte, zu hoch einzusteigen? Oder einfach den „Trend reiten“, in der Hoffnung es werde schon gutgehen und man komme noch rechtzeitig raus? Nun, der Verstand sollte einem sagen, dass beide Handlungsweisen eher spekulativ als überlegt sind: Ohne Aktien spart man sich bei den Niedrigzinsen nach Steuern und Inflation systematisch arm. Und: Die Wahrscheinlichkeit, dass man den Crash schon rechtzeitig erkennen werde, ist nicht besonders groß.



Ja, der Crash kommt. Wann weiß allerdings niemand. Aber im Nachhinein wird man wieder erkennen, dass die meisten (inklusive aller klugen Köpfe in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft) ihn und seinen Auslöser nicht rechtzeitig erkannt haben! Was ist also wirklich vernünftig? Meiner Meinung nach braucht man als Anleger ein erprobtes System, dem man vertrauen kann, weil es sich über Jahrzehnte bewährt hat.

Aber ich glaube leider auch, dass die meisten Anleger nicht nur kein solches System haben, sondern auch gar nicht wissen, wie sie ein solches entwickeln können. Stattdessen folgen sie lieber „sicheren“ Tipps aus Presse, Funk und Fernsehen. Wer immer noch glaubt, so ein Vermögen erhalten oder aufbauen zu können, wird auch diesmal enttäuscht werden.

Bis zum nächsten Mal

Michael Arpe
 Hanseatischer Anleger-Club (HAC)

Veranstaltungen November/Dezember 2013

Aktien- und Anlegerforen

Im Rahmen unserer **kostenfreien und für jedermann zugänglichen** Aktien- und Anlegerforen präsentieren sich deutsche und internationale Publikumsgesellschaften. So können sich auch Privatanleger aus Quellen informieren, die sonst nur institutionellen Investoren und Analysten zugänglich sind - so zum Beispiel der Diskussion mit dem Management. Alle Aktienforen beginnen jeweils um 18:30 Uhr und enden um circa 21 Uhr. Derzeit sind Veranstaltungen in folgenden Städten geplant:

Datum	Ort	Datum	Ort
18. Nov.	Bremen	28. Nov.	Hannover
19. Nov.	Mannheim	02. Dez.	Essen
25. Nov.	Köln	03. Dez.	Stuttgart
26. Nov.	Nürnberg	04. Dez.	Hamburg
26. Nov.	Berlin	05. Dez.	Düsseldorf
27. Nov.	Frankfurt		
27. Nov.	München		

[➤ Veranstaltungsübersicht](#)

Anmeldung für alle Aktienforen bitte an:
seminare@dsw-info.de



HAC-Webinare

Informationen bilden die Grundlage für Ihre Entscheidungen. Börsen- und Finanzwissen neutral unabhängig und leicht verständlich zu vermitteln, ist wichtigstes Anliegen des Hanseatischen Anleger-Clubs (HAC). Der HAC bietet interessierten Anlegern nunmehr auch die Teilnahme an Webinaren zu den verschiedensten Themen rund um die Geldanlage an.

Die Teilnahme an den Webinaren ist kostenlos.

Die nächsten Webinare finden statt am:

Datum	Thema
12.11.2013 um 11:00 Uhr	Dividenden-Strategien und welche Fehler man dabei machen kann
14.11.2013 um 19:00 Uhr	Dividenden-Strategien und welche Fehler man dabei machen kann
18.11.2013 um 19:00 Uhr	HAC-Kennenlern-Webinar

Anmeldung für alle Webinare erwünscht unter:
www.hac.de/termine.html

Impressum

DSW – Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.

Peter-Müller-Str. 14 40468 Düsseldorf
 Tel.: 0211-6697-02 Fax: 0211-6697-60
 E-Mail: dsw@dsw-info.de www.dsw-info.de

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Marc Tüngler (Hauptgeschäftsführer), Jella Benner-Heinacher (stv. Hauptgeschäftsführerin), Thomas Hechtfischer (Geschäftsführer)

Vereinsregister, Registergericht Düsseldorf - Registernummer VR 3994

REDAKTION:

Christiane Hölz (DSW e. V.)
 Franz von den Driesch (newskontor GmbH)

Alle im DSW-Newsletter publizierten Informationen werden von der Redaktion gewissenhaft recherchiert. Für die Richtigkeit sowie für die Vollständigkeit kann die Redaktion dennoch keine Gewähr übernehmen.

WERBUNG:

DSW Service GmbH - Peter-Müller-Str. 14 - 40468 Düsseldorf

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Thomas Hechtfischer, Marc Tüngler

ANSPRECHPARTNER:

Melanie Stücker, (0211) 66 97-11; melanie.stuecker@dsw-info.de
 Handelsregister, Amtsgericht Düsseldorf unter HR B 880
 Steuer-Nr. 105/5809/0389; USt-ID-Nr. 119360964

TECHNISCHE UMSETZUNG:

Zellwerk GmbH & Co. KG

BILDNACHWEIS:

Seite 1 und 2: Matthias Sandmann; Seite 2: © Smileus - Fotolia.com; Seite 4: © Eisenhaus - Fotolia.com; Seite 5: © fotomek - Fotolia.com; Seite 6: © gena96 - Fotolia.com; Seite 7: © Reicher - Fotolia.com; Seite 1-7: © H-J Paulsen - Fotolia.com; Seite 8: © EvrenKalinbacak - Fotolia.com; Seite 9: © Petrus Bodenstaff - Fotolia.com

Anlegerfrage an DSW-Landesgeschäftsführer Malte Diesselhorst: Lohnt sich ein ETF-Sparplan?

Frage: Ich bekomme Werbung von Banken und Fondsgesellschaften, die mir Sparpläne für Fonds oder Exchange Traded Funds (ETF) anbieten. Geworben wird mit einem höheren Ertrag als auf dem Sparbuch. Was ist von solchen Angeboten zu halten?

Antwort: Sparplan klingt ja zunächst eher langweilig, aber es lohnt sich, darüber einen Moment nachzudenken. Im Rahmen des Sparplans bucht die Bank vom Konto des Kunden monatlich einen festen Betrag ab und legt ihn an. Gekauft wird, was der Kunde vorher ausgewählt hat, etwa Anteile an einem Exchange Traded Fund (ETF) auf einen Index. Das hat einige Vorteile. Wie bei anderen lang laufenden Anlageprodukten, etwa Lebensversicherungen, wird der Kunde sanft zum Sparen gezwungen, der monatliche Betrag wird abgebucht und steht nicht für andere Ausgaben zur Verfügung.

Anders als Lebensversicherungen ist diese Form des Sparens aber viel flexibler. Der monatliche Anlagebetrag kann jederzeit ohne Nachteil bei einer sich ändernden Einkommenssituation angepasst oder ausgesetzt werden. Der angelegte Betrag ist auch ohne Abzüge und mit den entstandenen Gewinnen sofort voll verfügbar. Wer als Anleger langfristig denkt, hat noch einen weiteren Vorteil: Durch den festen Anlagebetrag werden in Zeiten hoher Kurse weniger, bei niedrigen Kursen mehr Anteile gekauft. Anders als bei einem

größeren Einzelinvestment kommt es also nicht auf den günstigsten Kaufzeitpunkt an. Langfristig nimmt der Anleger so an der durchschnittlichen Rendite der zugrunde liegenden Anlageform teil.

Wer diese Vorteile nutzen möchte, sollte auf zwei Dinge achten: die Auswahl des richtigen Finanzprodukts und geringe Kosten. Geeignet sind besonders ETFs auf gängige Aktienindizes, zum Beispiel auf den DAX. Er bildet als Performance-Index nicht nur Kurssteigerungen ab, sondern er berücksichtigt auch Dividenden. Wer US-Aktien oder asiatische Märkte bevorzugt, sollte sich über geeignete Produkte entsprechend gut informieren. Gewählt werden sollten einfache, verständliche Produkte, also keine Bonus- oder Hebelzertifikate. Die Kosten einfacher ETFs sind – im Vergleich zu aktiv verwalteten Aktienfonds – sehr günstig. Bleiben noch die Kosten für die Verwaltung des Sparplans bei der Bank, die vor Abschluss verglichen werden sollten. Und wer auch die noch einsparen möchte, kann mit etwas Disziplin seinen eigenen ETF-Sparplan einrichten und verwalten.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Herr Rechtsanwalt Dr. Malte Diesselhorst zur Verfügung. Dr. Diesselhorst ist Landesgeschäftsführer der DSW in Berlin.

Kanzlei Beckmann- Diesselhorst
Tel.: (030) 88713-0

www.das-recht.com



Mehr Licht als Schatten

Sowohl diesseits als auch jenseits des Atlantiks konnten zahlreiche der jüngst veröffentlichten Konjunkturindikatoren durchaus überzeugen, wenngleich auch einige Daten zu Wünschen übrig lassen. Vor allem die Randstaaten der Eurozone könnten mittlerweile das Schlimmste überstanden haben. Positiv überraschen konnte zuletzt auch das Wachstum aus dem Reich der Mitte.

Über zwei Wochen lag die US-Verwaltung lahm, nachdem sich Republikaner und Demokraten nicht auf einen US-Haushaltsentwurf einigen konnten. Die notwendige und lange Zeit auf sich warten lassende Anhebung der US-Staatsschuldengrenze, die erst in letzter Sekunde beschlossen wurde, sorgte für zusätzliche Verunsicherung. Welche Auswirkungen diese politischen Spielchen letztendlich auf das US-Wachstum haben werden, ist nur schwer zu beziffern. Sicher ist allerdings, dass sie die Konjunktur nicht beflügelt haben. So erwarten etwa die Ökonomen der Postbank, dass der Shutdown 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte Wachstum in annualisierter Rechnung gekostet haben dürfte.

Problematisch ist vor allem, dass sich die Parteien nur auf einen kurzfristigen Kompromiss einigen konnten. Finden Demokraten und Republikaner nicht zeitnah eine längerfristige Lösung, drohen Anfang 2014 erneut die Zahlungsunfähigkeit und der Shutdown.

US-Arbeitsmarkt hinkt Erwartungen hinterher

Zwar konnten die Parteien das Schlimmste verhindern, Vertrauen haben die Streitigkeiten zwischen Demokraten und Republikanern aber dennoch gekostet. So gab etwa das US-Verbrauchervertrauen (Conference Board) im Oktober recht deutlich nach – und zwar von 80,2 auf 71,2 Punkte. Auch die Einzelhandelsumsätze konnten nicht überzeugen; im Vergleich zum Vormonat schrumpften sie im September leicht um 0,1 Prozent. Der US-Arbeitsmarkt sendete zuletzt ebenfalls keine erfreulichen Signale. Während der Markt im Vorfeld auf 180.000 neue Stellen gehofft hatte, wurden im September nur 148.000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Der viel beachtete ISM-Index für das Verarbeitende Gewerbe

konnte hingegen positiv überraschen; gegenüber dem Vormonat stieg der Index von 56,2 auf 56,4 Punkte und erklomm somit den höchsten Stand seit 30 Monaten. Das Pendant im Dienstleistungssektor stieg derweil von 54,4 auf 55,4 Punkte.

Der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe im Euroraum legte vorläufigen Angaben zufolge im Oktober ebenfalls zu, wenngleich das Plus von 0,2 auf 51,3 Punkte recht überschaubar ausfiel. Weitaus robuster präsentierte sich das Economic Sentiment der Europäischen Kommission, das die Stimmung der Unternehmen und Konsument im Euroraum misst. Im Oktober stieg der Indikator um 0,9 auf 97,8 Punkte. Weniger erfreulich entwickelte sich hingegen der Ifo-Geschäftsklimaindex, der im Oktober um 0,3 auf 107,4 Punkte sank.

Randstaaten der Eurozone machen Fortschritte

Bergauf scheint es mit einigen Peripheriestaaten der Eurozone zu gehen, wenngleich die immer noch hohe Staatsverschuldung vieler Länder sowie die vielen Arbeitssuchenden weiterhin Bauchschmerzen verursachen. So wuchs etwa Spaniens Wirtschaft nach neun Quartalen des Rückgangs im dritten Jahresabschnitt um 0,1 Prozent. Auch die Anzahl der Arbeitslosen ist jüngst zum ersten Mal seit zwei Jahren wieder rückläufig gewesen. Das gleiche gilt auch für das Nachbarland Portugal, das darüber hinaus auch bei der Konsolidierung seiner Staatsfinanzen Erfolge vorweisen kann. Selbst in Griechenland sind Fortschritte zu verzeichnen – obwohl einige Ökonomen einen weiteren Schuldenschnitt für unausweichlich halten. So betrug das Haushaltsdefizit nach den ersten acht Monaten 2013 nur 2,5 Milliarden Euro, statt des geplanten Defizits in Höhe von 7,8 Milliarden Euro.

China wieder auf Kurs

Gute Nachrichten kamen zuletzt auch aus China. Zwar schweben im Reich der Mitte vor allem die rasant steigenden Immobilienpreise wie ein Damoklesschwert über den Markt – und auch die hohen Schulden der Kommunen sind alles andere als erfreulich. Für Entspannung sorgte jedoch die Wachstumsrate für das dritte Quartal. Nach einem Plus des Bruttoinlandsprodukts von „nur“ 7,5 Prozent im zweiten Quartal, legte das Wachstum im dritten Jahresabschnitt um 7,8 Prozent zu. Die im Sommer auf den Weg gebrachten Konjunkturlösungen der Regierung scheinen also schon Früchte zu tragen.



Billiges Geld beflügelt Aktienmärkte

Der Shutdown in den USA hat die Börsen kaum bewegt. Die Aussicht auf das weiterhin billige Geld allerdings schon. Wegen der schlechten Konjunkturdaten wird die US-Notenbank die Drosselung der Anleihekäufe wohl noch weiter hinauszögern. Die Europäische Zentralbank hat ihren Leitzins auf das Rekordtief von 0,25 Prozent gesenkt. Der DAX sprang infolgedessen auf über 9.100 Punkte.

Das Schlimmste verhindert

Der beigelegte Shutdown der US-Verwaltung Mitte Oktober hat an der Börse kaum Spuren hinterlassen. Für weitaus mehr Bewegung an den Finanzmärkten haben indes die schlechten Konjunkturdaten in den USA gesorgt. So wurden im September statt der erhofften 180.000 Stellen nur knapp 150.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Damit ist für die Marktteilnehmer auch klar, dass die US-Notenbank das Tapering noch weiter aufschieben wird. Schließlich hat die Fed stets betont, mit der Drosselung der Anleihenkäufe erst zu beginnen, wenn sich die Situation am Arbeitsmarkt entspannt hat.

Viele Marktteilnehmer gehen nun davon aus, dass die Fed frühestens im Januar 2014 weniger Geld in die Märkte pumpen wird. Bis dahin läuft die Druckerpresse voraussichtlich weiter auf Hochtouren und spült monatlich 85 Milliarden US-Dollar in die Märkte. Eine Aussicht, die in den letzten Wochen auch die Börsenkurse beflügelt hat.

EZB treibt DAX auf 9.162 Punkte

Für helle Aufregung an den Börsen sorgte die unerwartete Leitzinssenkung der Europäischen Zentralbank (EZB). Als Mario Draghi am vergangenen Donnerstag (7. November 2013) verkündete, den Leitzins auf das Rekordtief von 0,25 Prozent

zu reduzieren, jubelten die Börsianer. Der DAX sprang sogar zwischenzeitlich auf ein neues Rekordhoch von 9.162 Punkten. Damit hat der heimische Leitindex innerhalb der letzten vier Wochen um über 5 Prozent zugelegt.

Auch die drei kleinen Brüder des DAX entwickelten sich im letzten Monat sehr erfreulich. Der 50 Werte umfassende MDAX konnte sogar über 7 Prozent hinzugewinnen; für den SDAX ging es um rund 5 Prozent nach oben; der TecDAX legte um knapp 5 Prozent zu. Im restlichen Europa sind die Börsenkurse ebenfalls gut gelaufen. Der britische FTSE-100 und der Euro-Stoxx-50 kletterten jeweils um knapp 5 Prozent.

Darüber hinaus markierten die Börsenindizes auch auf der anderen Seite des Atlantiks Höchststände. So stieg der US-amerikanische Leitindex Dow Jones im letzten Monat um über 5 Prozent, während der S&P 500 sogar um fast 6 Prozent zulegte.

Euro gibt nach

Bergab ging es allerdings mit der Europäischen Gemeinschaftswährung. Kurz nach der Verkündung der Leitzinssenkung der EZB wertete der Euro um rund 1 Prozent ab; auf Monatssicht beträgt das Minus gut 1 Prozent.

Rohstoffpreise fallen

Auch an den Rohstoffmärkten mussten Anleger Verluste verschmerzen. So schwächelt der Goldpreis immer noch und fiel im letzten Monat um 0,7 Prozent; der Silberpreis gab ebenfalls nach und verlor 2,2 Prozent.

Größere Einbußen verzeichnete auch der Ölpreis. Innerhalb der letzten vier Wochen sank der Preis für ein Barrel Rohöl der Sorte Brent um 4,4 Prozent und kostet damit derzeit rund 104 US-Dollar.

1947 gegründet

1 Zentrale und 8 Landesverbände

Mehr als 25 000 Mitglieder

Dachverband der 7000 deutschen Investmentclubs

52-mal pro Jahr kostenlos das Wirtschaftsmagazin FOCUS-MONEY

Über 100 Seminare p. a. speziell für Anleger

Interessenvertretung auf über 650 Hauptversammlungen

Griechenland-Arbeitsgemeinschaft

Unabhängige und interessenfreie Informationen über Ihre Anlagen

Analyse und kritische Bewertung der Management-Aktivitäten

Kostenlose außergerichtliche Erstberatung der DSW-Mitglieder



Werden Sie Mitglied der DSW!



Nutzen Sie die Kompetenz von FOCUS-MONEY

Sie wollen detaillierte Hintergrundinformationen und seriöse Anlagetipps? DSW-Mitglieder erhalten FOCUS-MONEY, Deutschlands modernes Wirtschaftsmagazin, im kostenlosen Abonnement wöchentlich frei Haus.



Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V.

JA! Ich möchte DSW-Mitglied werden

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____ PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Den Jahresbeitrag in Höhe von € 95,00 zahle ich per Rechnung bequem durch Bankeinzug

Bank _____

Kontonummer _____ BLZ _____

Coupon bitte vollständig ausfüllen und unterschreiben.
Per Post senden an:
DSW – Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V.
Postfach 350163
40443 Düsseldorf
Telefon: 02 11/66 97 01 oder 02 11/66 97 22
Telefax: 02 11/66 97 60
Internet: www.dsw-info.de
E-Mail: dsw@dsw-info.de


ab sofort große DSW-Aktion
Jetzt
DSW-Mitglied werden
inklusive 
erst ab 2014 zahlen